**Motion SVP-Fraktion / CVP-GLP-Fraktion / FDP-Fraktion:
«Einbezug des Kantonsrates beim Verordnungsrecht**

Gemäss der Kantonsverfassung (sGS 111.1; abgekürzt KV) setzt die Regierung die Beschlüsse des Kantonsrates durch Verordnungen um. Die Ausarbeitung der Verordnungen liegt in ihrer Kompetenz. Lediglich in Einzelfällen besteht ein beschränktes Mitwirkungsrecht des Kantonsrates, beispielsweise betreffend die Besoldungsverordnung der Magistratspersonen.

Im Rahmen der Totalrevision des Planungs- und Baugesetzes (sGS 731.1; abgekürzt PBG) legte die Regierung den Entwurf der neuen Bauverordnung als Anhang zur Botschaft bei, was wesentlich zu einer effizienten und konstruktiven Beratung des PBG beigetragen hat. Ebenso hat die Regierung beim II. Nachtrag zum Personalgesetz die Grundzüge der Umsetzung (Verordnung und Dienstanweisung) in der Botschaft dargelegt, was für das Gesamtverständnis der Regelungsziele wichtig war.

Andererseits ist auch klar, dass der formelle Verordnungsgebungsprozess systembedingt dem Gesetzgebungsprozess nachgelagert ist. Er unterliegt auch dem Vernehmlassungsverfahren, in welchem die verschiedenen Anspruchs- und Interessengruppen (Verbände, Parteien, Gemeinden usw.) ihre Anliegen einbringen können. Diese müssen beim definitiven Erlass des Verordnungsrechts auch berücksichtigt werden können.

Aufgrund der Erfahrungen, die den Gesetzgebungsprozess transparenter gestaltet haben, soll der Kantonsrat vermehrt bei der Ausarbeitung von neuen Gesetzesbestimmungen gleichzeitig von den Grundzügen des angedachten Verordnungsrechts Kenntnis nehmen können, ohne dass damit die grundsätzliche Zuständigkeit der Regierung und die geltende Praxis zum Vernehmlassungsverfahren in Frage gestellt wird.

Eine entsprechende Regelung soll lediglich für Verordnungen Gültigkeit haben, die von besonderer gesetzgeberischer Relevanz sind. Richtlinien technischer Natur zur Umsetzung von übergeordnetem Recht, sowie verwaltungsinterne Weisungen sind ausgenommen.

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat den Entwurf eines Nachtrags zum Staatsverwaltungsgesetz zu unterbreiten, der vorsieht, dass die Regierung dem Kantonsrat mit der Vorlage für einen Gesetzeserlass im Rahmen der Botschaft auch die Grundzüge des angedachten zugehörigen Verordnungsrechts unterbreitet, wenn die entsprechende Verordnung eine politische Auswirkung hat oder von Amtes wegen in der Gesetzessammlung veröffentlicht wird.»

23. April 2018

SVP-Fraktion
CVP-GLP-Fraktion
FDP-Fraktion